

# BEDEUTUNG DES EU-LIEFERKETTENGESETZES FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG WELTWEIT

## Hintergrundinformationen

Mai 2023

### Inhaltsverzeichnis

Warum braucht es ein starkes Lieferkettengesetz?.....	2
Fokus Globaler Süden: Menschenrechte und Armut gehen Hand in Hand .....	2
Der Prozess hinter dem Gesetz: Vom Vorschlag bis zum Beschluss .....	4
Was sollte ein EU-Lieferkettengesetz enthalten, um wirksam Menschenrechte, Umwelt und Klima zu schützen? .....	4
Vorteile für Unternehmen.....	5
Zivilgesellschaftliche Kampagnen.....	6



## Warum braucht es ein starkes Lieferkettengesetz?

Immer wieder kommt es zu Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards entlang der Lieferketten von Unternehmen, die in der Europäischen Union Produkte verkaufen. Das betrifft zum Beispiel Kleidung, Schokolade und in Handys verbaute Metalle, die auch in Österreichs Verkaufsräumen landen.

- Ein tragisches Beispiel verletzter Menschenrechte, das fast 1.200 Textilarbeiter\*innen das Leben kostete, ist der **Einsturz einer Rana-Plaza-Textilfabrik** in Dhaka, Bangladesch, am 24. April 2013. Das Gebäude war aufgrund von Rissen an den Wänden evakuiert worden. Doch die Fabrikbesitzer\*innen verlangten von den Arbeiter\*innen, weiterzuarbeiten. In Fabriken von Rana Plaza ließen unter anderem Mango (Spanien), Kik (Deutschland) und Benetton (Italien) produzieren.<sup>1</sup>
- Ein weiteres Beispiel ist der **Dammbruch** eines Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine nahe der Kleinstadt **Brumadinho** im Südosten Brasiliens. Am 25. Jänner 2019 forderte die riesige Schlamm-lawine mit giftigem Bergwerksschlamm bis zu 300 Todesopfer, zerstörte ganze Siedlungen und Landstriche. Die brasilianische Zivilgesellschaft hatte vor einem Dammbruch gewarnt, stieß aber auf taube Ohren. Eine Tochtergesellschaft des deutschen TÜV Süd hatte den Damm ein halbes Jahr zuvor geprüft und für sicher befunden.<sup>2,3</sup>

Ein starkes EU-Lieferkettengesetz würde dafür sorgen, dass international agierende Unternehmen ihre globalen Lieferketten auf Risiken prüfen, dadurch Verletzungen von Menschenrechten oder der Nichteinhaltung von Umweltstandards vorbeugen und dass dahingehende Verstöße geahndet werden können. Zudem soll es sicherstellen, dass Betroffene und Hinterbliebene Zugang zur Rechtsprechung erhalten.



## Fokus Globaler Süden: Menschenrechte und Armut gehen Hand in Hand

Armen Menschen bleiben grundlegende Rechte, wie der Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung oder soziale Teilhabe, oftmals verwehrt. In ihrer Not werden sie leichter Opfer ausbeuterischer und gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen, etwa im Bergbau, in der Textilindustrie oder Landwirtschaft. Allein auf Kakaoplantagen in Côte d'Ivoire und Ghana arbeiten rund 1,56 Mio. Kinder und Jugendliche

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen siehe Südwind (Apr. 2023): [Gedenkundgebung: 10 Jahre Rana Plaza in Wien](#)

<sup>2</sup> FAZ (25.01.2023): [Abermals Anklage nach Dammbruch in Brasilien erhoben](#)

<sup>3</sup> Weitere Informationen siehe Dreikönigsaktion (o.D.): [Die Desaster von Brumadinho und Mariana](#)



unter ausbeuterischen Bedingungen.<sup>4</sup> Von Zwangsarbeit waren 2021 sogar 27,6 Mio. Menschen betroffen.<sup>5</sup>

Konflikte und Kriege, Klimakrise, Gesundheitskrisen wie die COVID-19-Pandemie sowie zunehmender Hunger und steigende Armut verschlimmern die Not der Menschen zusätzlich und erschweren es zivilgesellschaftlichen Organisationen, mögliche Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards zu überprüfen. Dabei ist es gerade **in Zeiten multipler Krisen** wichtig, Menschen würdige Arbeitsplätze zu ermöglichen, damit sie ihre Familie versorgen, sich den Schulbesuch ihrer Kinder leisten und schließlich Armut überwinden können.

Wohlhabende Staaten sind also gefragt, ihrer Verantwortung gegenüber Ländern des Globalen Südens gerecht endlich zu werden. Zum Beispiel hat Österreichs Handelspolitik negative Auswirkungen auf die Fähigkeit dieser Staaten, Armut und Hunger zu reduzieren und die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) zu erreichen. Das zeigt etwa der *Sustainable Development Report 2022*,<sup>6</sup> den unter anderem Jeffrey Sachs, Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network, verfasst hat. Zwar liegt Österreich laut Ländervergleich nach Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen an fünfter Stelle bei der Erreichung der SDGs innerhalb des eigenen Landes. Doch bei einem Detailaspekt des Berichts, der die sogenannten Spillover-Effekte der betrachteten Staaten vergleicht, liegt Österreich auf Platz 151 von 163 und befindet sich somit auf den letzten Rängen.<sup>7</sup>

#### Was sind Spillover-Effekte?

Spillover-Effekte treten auf, wenn Handlungen, Ereignisse oder Entscheidungen in einem Bereich bzw. Sektor Konsequenzen für andere haben. Das Ranking der Bertelsmann Stiftung hält fest, dass zum Beispiel negative Folgen des übermäßigen Konsums im Globalen Norden sowie nicht-nachhaltige Handels- und Lieferketten, die ausbeuterische Produktionsmuster begünstigen, auf andere, zumeist ärmere Länder „überschwappen“. Spillover-Effekte untergraben dadurch indirekt die Fähigkeit dieser Länder, die SDGs zu erreichen. So begründen unter anderem hohe CO<sup>2</sup>- und Stickstoffemissionen, die durch den Import übermäßiger Konsumgüter erzeugt werden, Österreichs schlechtes Abschneiden im Spillover-Ranking. Importe und die dafür notwendige Infrastruktur schädigen die Umwelt und bedrohen die biologische Vielfalt an Land und Wasser weltweit. Die daraus folgenden sozialen und ökologischen Kosten werden oftmals ebenfalls auf Länder des Globalen Südens ausgelagert.

<sup>4</sup> Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (Feb. 2023): [Sozioökonomische und ökologische Nachhaltigkeit im Kakaosektor in Ghana und Côte d'Ivoire](#)

<sup>5</sup> International Labour Organization (o.D.): [Forced labour, modern slavery and human trafficking](#)

<sup>6</sup> UN Sustainable Development Solutions Network (2022): [Sustainable Development Report 2022](#)

<sup>7</sup> UN Sustainable Development Solutions Network (2022): [Rankings: The overall performance of all 193 UN Member States](#)



## Der Prozess hinter dem Gesetz: Vom Vorschlag bis zum Beschluss

**23. Februar 2020:** Auf Initiative des EU-Kommissars für Justiz und Rechtsstaatlichkeit, Didier Reynders, im April 2020, legte die **Europäische Kommission** einen Vorschlag für eine *Richtlinie über gesellschaftsrechtliche Sorgfaltspflichten betreffend die Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence)* vor.<sup>8,9</sup>

**1. Dezember 2022:** Der **Europäische Rat** der EU-Mitgliedsstaaten einigte sich auf seine Position, eine sogenannte *Allgemeine Ausrichtung*.<sup>10</sup> Bundesminister Martin Kocher enthielt sich bei der Abstimmung.

**1. Juni 2023:** Die Abgeordneten des **Europaparlaments** stimmen über eine gemeinsame Position ab. Als Grundlage dafür dient ein Kompromiss des führenden Rechtsausschusses.<sup>11</sup> Wie sich das Parlament positioniert, ist entscheidend für die folgenden Trilog-Verhandlungen zwischen den drei Institutionen. Denn je stärker sich das Parlament positioniert, desto besser stehen die Chancen für ein Gesetz, das tatsächlich einen stärkeren Schutz von Menschenrechten und Umwelt entlang der Lieferketten von Unternehmen bewirken kann.

Wenn die Richtlinie schließlich angenommen wird – was noch in der aktuellen Legislaturperiode des Europaparlaments geplant ist –, haben die Mitgliedstaaten der EU zwei Jahre Zeit für die nationale Umsetzung.



## Was sollte ein EU-Lieferkettengesetz enthalten, um wirksam Menschenrechte, Umwelt und Klima zu schützen?

- **Alle Unternehmen und alle Menschenrechts- und Umweltauswirkungen erfassen.**
- **Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette festlegen.** Wichtig für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten sind Anforderungen an Unternehmen zum eigenen, aktiven Handeln. Die Auslagerung an Auditor\*innen und Zertifizierer\*innen sollte nicht das Mittel der ersten Wahl sein, denn sogenannte Audits von Unternehmen haben sich in einigen

<sup>8</sup> Europäische Kommission (23.02.2023): [Proposal for a Directive on corporate sustainability due diligence and annex](#)

<sup>9</sup> Siehe Infoseite der Europäischen Kommission (o.D.): [Corporate sustainability due diligence](#)

<sup>10</sup> Europäischer Rat (01.12.2022): [Council adopts position on due diligence rules for large companies](#)

<sup>11</sup> Europäisches Parlament (08.05.2023): [REPORT on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on Corporate Sustainability Due Diligence and amending Directive \(EU\) 2019/1937](#)



Fällen als ineffektiv herausgestellt. Für Auditor\*innen und Zertifizierer\*innen braucht es klare, verbindliche Regeln.

- **Betroffenen negativer Auswirkungen von Unternehmenstätigkeiten auf Menschenrechte und Umwelt Verbesserungen ermöglichen.**

So darf die Beweislast – also das Belegen eines Zusammenhangs zwischen Pflichten- und Menschenrechtsverletzung – nicht allein bei Betroffenen liegen. Unternehmen sollen dazu verpflichtet sein, nachzuweisen, dass sie sich an Gesetze halten. Darüber hinaus sind lange Verjährungsfristen entscheidend.

- **Gewerkschaften, Vertreter\*innen von Arbeitnehmer\*innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen umfassend einbeziehen.**

- **Verbindliche Unternehmenspflichten zum Klimaschutz erfassen.**

Es ist entscheidend, dass Unternehmen Pläne vorlegen, wie sie zur Erreichung des Pariser Klimaziels – einer Erderhitzung von maximal 1,5 °C –, beitragen.

- **Schlupflöcher schließen, um die Wirksamkeit des Gesetzes zu wahren.**

Gelten für Finanzakteure weiterhin abgeschwächte Sorgfaltspflichten, würde das bedeuten, dass sie in Unternehmen investieren können, die Mensch, Umwelt und Klima schaden.

#### Mehr Informationen

- AG Globale Verantwortung (14.04.2022): [Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über gesellschaftsrechtliche Sorgfaltspflichten betreffend die Nachhaltigkeit](#)
- Offener Brief der European Coalition for Corporate Justice (06.03.2023): [Over 140 organisations call for gender-responsive corporate sustainability legislation](#)
- Offener Brief der International Women's League for Peace and Freedom (13.03.2023): [The EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive Must Fully Cover the Arms Sector](#)



### Vorteile für Unternehmen

Unternehmen, die bereits dazu verpflichtet sind, nationale Lieferkettengesetze einzuhalten (etwa in Frankreich oder Norwegen, seit 2023 in Deutschland),<sup>12</sup> verfolgen den Prozess mit großem Interesse. Denn ein EU-Lieferkettengesetz wird einheitliche Regeln am europäischen Markt schaffen.

---

<sup>12</sup> European Coalition for Corporate Justice (März 2022): [Corporate due diligence laws and legislative proposals in Europe](#)



Mehr als 100 Unternehmen haben sich im Februar 2022 in einem offenen Brief für ein effektives EU-Gesetz ausgesprochen:<sup>13</sup> Sie sehen in dem Gesetz die Chance auf einen Paradigmenwechsel, um Menschen und unsere Erde besser zu schützen. In dem Brief formulieren sie ihre Überzeugung, dass ein solches Gesetz Unternehmen darin unterstützen kann, resilienter und zukunftsorientierter zu werden. Gerade die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass verantwortungsvoll handelnde Unternehmen, die ihre Wertschöpfungsketten resilienter und nachhaltiger gestalten, besser durch Krisen kommen.<sup>14</sup>



## Zivilgesellschaftliche Kampagnen

### Menschenrechte brauchen Gesetze! Damit Lieferkettengesetze nicht verletzen!

Träger der Kampagne sind der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer und österreichischen Nichtregierungsorganisationen. Die AG Globale Verantwortung unterstützt die Kampagne, die sich für ein Lieferkettengesetz in Österreich, in der EU sowie für ein UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte einsetzt.

### Justice Is Everybody's Business

Unter dem Motto *Gerechtigkeit geht alle an* fordern Gewerkschaften sowie über 100 Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa ein starkes EU-Lieferkettengesetz. Der aktuelle Aufruf an die Europäischen Abgeordneten lautet, am 1. Juni 2023 für ein effektives EU-Lieferkettengesetz zu stimmen.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Business and Human Rights Resource Centre (08.02.2022): [More than 100 companies and investors call for effective EU corporate accountability legislation](#)

<sup>14</sup> OECD (2021): [Building more resilient and sustainable global value chains through responsible business conduct](#)

<sup>15</sup> Justice Is Everybody's Business (o.D.): [Tell your MEP to hold companies accountable](#)